



Vorträge zum SPD-Jubiläum 2013 im Staatsarchiv

Die Darmstädter SPD lädt in Zusammenarbeit mit dem Historischen Verein für Hessen zu einer Vortragsreihe anlässlich des 150. Jubiläums der SPD ein. Die Referenten sprechen an drei Abenden über die Geschichte der Sozialdemokratie und diskutieren im Anschluss mit den Zuhörern.

Die Reihe beginnt am **25.3.** mit einem Vortrag von Dr. Daniel Bussenius zum Thema **„Die Männer der ersten Stunde: Lassalle, Bebel u.a.“**. Der zweite Vortrag findet statt am **18.4.**: Prof. Dr. Walter Mühlhausen spricht über **„Die Republik Weimar: Friedrich Ebert und Genossen“**. Abschließend referiert am **16.5.** Prof. Dr. Heinrich Potthoff zum Thema **„Die Gestaltung der Moderne: Von Schumacher zu Brandt“**.

Die drei Vorträge starten jeweils um **19:30 Uhr im Karolinenaal, Staatsarchiv**. Der Eintritt ist frei.

Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

19. März 2013

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

bei uns in der Fraktion wurde heute heftig über die vorgesehene Hilfe für Zypern diskutiert. Vieles ist noch unklar und solange sich die Regierung von Zypern nicht entschieden hat, können wir das Paket auch nicht beurteilen. Vor allem umstritten sind die Bedingungen des zyprischen Eigenbeitrags – sie haben innerhalb und außerhalb des Landes zu Protesten geführt. Fragwürdig ist die Heranziehung der Kleinsparer. Die Erwartungen auch in Zypern richten sich offenbar nun darauf, dass Kleinsparer stärker geschützt werden. Das ist auch unser Anliegen. Warten wir es ab, ich werde weiter berichten. Wir werden in dieser Woche noch eine Sondersitzung der Fraktion haben.

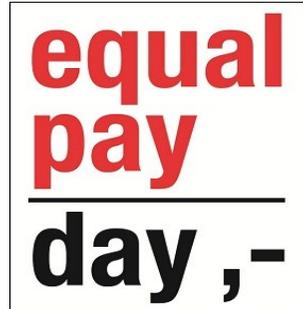
Nachdem Kanzlerin Merkel eine gemeinsame Haltung ihres Kabinetts zum NPD-Verbot angekündigt hat, lehnen nun die fünf FDP-Bundesminister einen NPD-Verbotsantrag durch die Bundesregierung ab. Philipp Rösler hat das mit dem Satz verbunden: „Dummheit lässt sich nicht verbieten.“ Diese Bagatellisierung finde ich völlig unangemessen!

Gerade in dieser Woche haben wir allen Grund, uns des Faschismus zu erinnern.

Am kommenden Samstag, dem 23. März 2013, jährt sich zum 80. Mal die Rede von Otto Wels gegen das Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten. Das Gesetz war der Todesstoß für die freiheitliche Demokratie in Deutschland. Die 94 Abgeordneten der SPD stimmten als einzige der noch nicht verhafteten Parlamentarier gegen das Gesetz. 26 Abgeordnete der SPD konnten schon nicht mehr mitstimmen – sie waren bereits verhaftet oder geflüchtet. Diese Unbeugsamkeit und dieser Einsatz für die Demokratie bleiben uns ein großes Vorbild. Nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern für alle Demokratinnen und Demokraten ist dies ein herausragendes historisches Datum.

Mit herzlichen Grüßen aus dem winterlichen Berlin

Euse / Ihre Brigitte Zypries



initiiert von
Business and Professional Women Germany e.V.

Veranstaltungen zum Equal Pay Day im Landkreis

Auch im Landkreis Darmstadt-Dieburg rufen am 21. März 2013 Frauenorganisationen, Gewerkschaften und Sozialverbände erneut zu gemeinsamen Aktionen gegen die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern auf.

Am Griesheimer Rathaus in der Wilhelm-Leuschner-Straße 75 werden aus diesem Anlass um 11:00 Uhr hunderte roter Ballons aufsteigen. Die Aktion der Frauenbeauftragten aus Griesheim und der Kommunen sowie der Abteilung Chancengleichheit des Landkreises soll auf Ungleichheit zwischen den Geschlechtern aufmerksam machen.

Auch die Darmstädter Innenstadt-Kinos (Citydome Darmstadt) unterstützen den Equal Pay Day. Jede Frau, die eine rote Tasche trägt oder das Kennwort „Rote Tasche“ nennt, erhält, in Anlehnung an die statistische Ungleichheit, an diesem Tag eine Ermäßigung von 22% auf ihre Kinokarte. Die rote Tasche steht dabei für die roten Zahlen in den Portemonnaies der Frauen.

„Equal Pay Day“ am 21. März – wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit!

Am Donnerstag ist es wieder soweit: Der internationale „Equal Pay Day“ wurde für Deutschland im Jahr 2013 für den 21. März errechnet. **Der Aktionstag markiert den Tag, an dem Frauen genauso viel Geld verdienen haben, wie Männer bereits am 31.12. des Vorjahres. Frauen müssen also ca. drei Monate länger arbeiten**, bis sie die Gehaltsdifferenz von rund 22% ausgeglichen haben! Mit diesem Wert liegt Deutschland im Vergleich der OECD-Länder auf einem der hintersten Plätze.

Einer der Hauptgründe für diese Ungleichheit sind die schlechte Bezahlung in frauendominierten Berufen und der erschwerte Wiedereinstieg ins Arbeitsleben nach der Elternzeit. Es gibt aber auch eine Diskriminierung bei der Bezahlung, die allein auf das unterschiedliche Geschlecht zurückzuführen ist.

Damit muss man sich nicht abfinden. Für diese drei Gründe gibt es Lösungen. Zum einen brauchen wir einen wirklichen **gesetzlichen Mindestlohn**, da in den typischen Frauenberufen besonders oft zu Dumpinglöhnen gearbeitet werden muss. Außerdem muss es einen **Rechtsanspruch auf Rückkehr in den Beruf** nach einer Mutterzeit und den **Abbau der Diskriminierung in den Betrieben** geben.

Der diesjährige „Equal Pay Day“ ist auch im Bundestag Anlass, sich erneut mit diesem Thema zu befassen. **Die SPD-Bundestagsfraktion hat schon vor einem Jahr einen Gesetzentwurf erarbeitet, der die Akteure in der Wirtschaft zum Handeln verpflichtet.** Aufklärungsarbeit und Appelle an Freiwilligkeit haben das Ziel der Gleichberechtigung leider nicht erreicht, weswegen der Gesetzgeber nun gefordert ist. Den Entwurf des „**Entgeltgleichheitsgesetzes**“ können Sie [hier](#) herunterladen und lesen.

Eine Regelung darin ist diese: Zunächst sollen Betriebe mit mehr als 15 Mitarbeitern dazu verpflichtet werden, alle drei bis fünf Jahre ihre Entgeltstrukturen offenzulegen und sie analysieren zu lassen. Sollte sich eine Diskriminierung herausstellen, so muss diese behoben werden und – wie im europäischen Recht geregelt – eine Anpassung der Gehälter nach oben erfolgen. Damit die Betriebe hier tatsächlich aktiv werden, sind im Gesetzentwurf Sanktionsmöglichkeiten wie z.B. Bußgelder vorgesehen.

Es ist Zeit, zu handeln. **Die Gleichbehandlung von Frauen und Männern auch beim Arbeitsentgelt ist ein Grundrecht.** Doch die Lohnkluft zwischen Männern und Frauen ist auch 2012 nicht kleiner geworden. Obwohl Frauen heute so gut ausgebildet sind wie nie zuvor, ist der Verdienstunterschied in den vergangenen Jahren kaum geschrumpft – daran muss sich was ändern, vor allem auch, wenn wir die Altersarmut von Frauen verhindern wollen!



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

Abbildungen:

*S. 2: BPW Germany e.V.
S. 3: Roman Laas*

Psychische Belastungen am Arbeitsplatz reduzieren

„Arbeitsschutz“ - darunter stellt man sich gemeinhin erst einmal so etwas vor wie Helmpflicht auf der Baustelle oder vielleicht noch ergonomisch geformte Tastaturen, die Sehnenscheidenentzündungen vorbeugen oder Bildschirmbrillen, die Sehschwächen ausgleichen sollen. Dabei wird etwas vernachlässigt: **Durch den Wandel der Arbeitswelt nehmen auch psychische Belastungen am Arbeitsplatz immer stärker zu.** Das kommt zum Beispiel durch steigende Arbeitszeiten, immer **mehr Schicht-, Abend- und Nacharbeit, höhere inhaltliche Anforderungen oder die Reduzierung der Personalkosten und damit ständig drohender Personalabbau.** In vielen Berufen wird außerdem dauernde Erreichbarkeit über Internet oder Mobiltelefon gefordert, die Grenzen zwischen Freizeit und Arbeitszeit verschwimmen.

So steigt der Druck auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Viele von ihnen sind heute nur befristet angestellt und hoffen vielleicht, bei überdurchschnittlich guter Leistung vom Unternehmen endlich fest angestellt zu werden. Das führt nicht selten zu der Bereitschaft, auch gesundheitsschädigende Arbeitsbedingungen in Kauf zu nehmen. Das Ergebnis sind nicht nur körperliche Überlastungen, sondern auch psychische. Und schließlich hängt beides zusammen: **Psychische Belastungen können nicht nur die Ursache von Krankheiten wie Depressionen sein, sondern auch zu körperlichen Erkrankungen führen.**

In dieser Woche bringt die SPD einen Antrag in den Bundestag ein, der Maßnahmen gegen psychische Belastungen am Arbeitsplatz fordert. Denn Arbeitgeber tun oft nicht genug für den Gesundheitsschutz ihrer Angestellten. Wir wollen, dass die Bundesregierung eine „**Anti-Stress Verordnung**“ erlässt. Arbeitnehmer sollen besser vor psychischen Belastungen am Arbeitsplatz geschützt werden. Der Arbeits- und Gesundheitsschutz soll weiterentwickelt und überprüfbar werden. Die überbetrieblichen Stellen, die für den Arbeitsschutz zuständig sind, sollen effektiver arbeiten. Betriebsräte sollen mitreden dürfen bei der Gestaltung von Arbeitsplätzen, die physischem und psychischem Verschleiß vorbeugen, und bei den Arbeitsplätzen, die besonders auf Ältere Rücksicht nehmen. Es soll auch geprüft werden, ob psychische Erkrankungen in die Liste der Berufskrankheiten aufgenommen werden können. Bei arbeitsbedingten Erkrankungen könnte man so nämlich nicht nur Prävention, sondern auch Rehabilitation und Entschädigung durch die Unfallversicherung ermöglichen. Außerdem fordern wir eine gesetzliche Regelung, die es älteren Arbeitnehmern, die nicht mehr in der Lage sind, die volle Leistung am Arbeitsplatz zu bringen, ermöglicht, flexiblere Übergänge aus dem Erwerbsleben in den Ruhestand zu finden: zum Beispiel durch Teilrente.